



Referenden: Stärkung der Demokratie soll im Vordergrund stehen

Für die Jungen Demokraten beginnt mit dem heutigen CGJL-Hearing in der Chamber die heiße Phase der Sensibilisierungskampagne hinsichtlich des Referendums im Juni 2015.

Die JDL wird nach Rücksprache mit ihren Mitgliedern **drei der vier Fragen mit einem „Ja“ unterstützen**. Demnach setzt sich die JDL **für das Ausländerwahlrecht, das Wahlrecht ab 16 und die Trennung von Kirche und Staat ein**.

Einen Schwerpunkt legen die Jungen Demokraten auf das Wahlrecht ab 16, da dieses eine ursprünglich von der JDL initiierte Idee ist und den Jungen Demokraten demnach sehr am Herzen liegt. Das Wahlrecht ab 16 erlaubt der Jugend auf freiwilliger Basis an der politischen Gestaltung des Landes teilzuhaben und bietet der Politik einen Anreiz, **sich verstärkt für die Probleme ihrer neuen, jüngeren Wählerschaft einzusetzen**. Eine Ausweitung des Wahlrechts bedeutet außerdem eine Stärkung der Demokratie und führt zu einer Revalorisierung der Politik.

Bei der Begrenzung der Mandate hingegen fühlt sich die JDL ihrem liberalen Grundgedanken verbunden. Die Jungen Demokraten glauben an die **Stärke der Demokratie** und die **Fähigkeit der Bürger eigenständig einzuschätzen**, wann genau ein Minister sein Amt nicht mehr bekleiden sollte. Die Jungen Demokraten begrüßen und teilen dabei prinzipiell **die Idee einer kontinuierlichen personellen Erneuerung in der Politik**, sehen hier allerdings die jeweiligen Parteien in der Verantwortung und erachten es **nicht als zwingend notwendig** Minister aller Couleur über die Hintertür zu einem Rücktritt zu zwingen.

Die JDL wird das Ergebnis der Volksbefragung in jedem Fall respektieren und erhofft sich im Sinne einer neuen politischen Kultur bei allen Referendumsfragen **faire und offene Diskussionen, bei denen die Themen und die Bürger im Vordergrund stehen und machtpolitische Überlegungen zweitrangig sind**. Das Referendum steht über parteipolitischen Differenzen, ist ein wichtiger **Meilenstein für Luxemburg** und darf nicht von den jeweiligen Parteien instrumentalisiert werden.